

Commentaires Nr. 38

Frankfurt, 30. September 2025

Wie geht es mit Frankreich weiter? Es kommt nicht zur Ruhe. Schafft es die Koalition in Deutschland trotzdem Europa einen neuen Impuls zu geben in Zeiten, in welchen europäische Flughäfen Cyberangriffen zum Opfer fallen, russische Drohnen über Polen und Dänemark fliegen und Trump die Welt weiter brüskiert? Das deutsch-französische Gipfeltreffen in Toulon ließ diese Hoffnung zu. Es ist nur einen Monat, aber eine gefühlte Ewigkeit her.

Nach der Gelbwestenbewegung Ende 2018/Anfang 2019 versuchte die Bewegung „Bloquons tout“ (Alles Blockieren) am 10. September ihrem Namen gerecht zu werden: für die Organisatoren waren die nur 200.000 Teilnehmer in ganz Frankreich eine Enttäuschung. Eine Woche später (am 18. September) folgten 500.000 dem Streikaufruf der Gewerkschaften. Das diffuse Bewusstsein der hohen Umverteilung schürt die Angst diese zu verlieren. Transferleistungen erreichen in Frankreich 46 % des BIP, 40 % in Deutschland und zeigen Wirkung: der GINI-Koeffizient (dem Maß der Ungleichheit der Einkommen, wobei 0 die absolute Gleichheit ist und 1 die maximale Ungleichheit) sinkt in Frankreich von 0,29 auf 0,25, in Deutschland von ebenfalls 0,29 auf nur 0,28. Wenn es schon in Deutschland heißt, man müsse den Sozialstaat anpassen, wie ist es wohl in Frankreich?

Dem profunden Unbehagen in der französischen Bevölkerung entspricht die politische Lähmung. Ist Frankreich hier Deutschland voraus, oder ist es ein rein französisches Phänomen?

Die Ernennung des neuen Premier Ministers Sébastien Lecornu erfolgte nur 48 Stunden nach der gescheiterten Vertrauensfrage von Francois Bayrou im Parlament. Nun muss Lecornu seine Regierung bilden und dafür die tiefen Gräben eines zersplitterten Parlaments überwinden. Seit der überraschenden Parlamentsauflösung 2024 ist die Nationalversammlung in drei Blöcke gespalten: die Rechtspopulisten, die Linke und das Regierungslager. Umfragen zufolge dürften sich die Mehrheitsverhältnisse bei möglichen Neuwahlen nicht wesentlich ändern.

Nur der linke Block zeigt Risse. Demzufolge könnten nur dort mögliche Allianzen zustande kommen. Der linkspopulistische Mélenchon und seine Partei „La France Insoumise“ (LFI) sprechen Macron, und somit dem von ihm ernannten Lecornu die Legitimität ab: sie fordern den Rücktritt von Macron, wie auch der Rassemblement National (RN) von Marine Le Pen. Alle anderen Parteien halten diese Meinung für verfassungswidrig: Macrons 5 Jahresmandat endet im April/Mai 2027. Diese Überzeugung muss Lecornu -der ex-Republikaner und nun Mitglied der Partei Renaissance von Macron/Attal- nutzen, um die Unterstützung der Sozialisten (und eventuell der Grünen) sicherzustellen und für Stabilität bis zu der Präsidentschaftswahl 2027 zu sorgen.

Diese Chaos-Strategie spielt in die Hände von Donald Trump. Er setzt Europa nach wie vor unter massiven Druck. Es war ihm anzusehen, wie sehr er sich am 18. September freute, dass so viele Bittsteller aus Europa ihn im Weißen Haus aufsuchten und -der Reihe nach- von ihm das Wort erteilen ließen. 6 Staats- und Regierungschefs, plus Ursula von der Leyen, plus der NATO-Chef Rutte waren nach Washington geeilt, um Trumps Unterstützung gegen Russland zu gewinnen, nachdem er wenige Tage zuvor Putin in Anchorage den roten Teppich ausgerollt hatte. Positiv hervorzuheben ist, dass die Europäer sich so schnell auf Inhalt und Vortrag einigen konnten: seitdem zieht Trump eine US-Beteiligung an den Sicherheitsgarantien in Erwägung. Jedoch nur wenn Europa den Einsatz finanziert und somit die amerikanische (anstelle der europäischen) Rüstungsindustrie unterstützt. Aber wie belastbar sind diese Zusagen?

Kaum zurück von ihrem US-Ausflug beginnt die Diskussion über die mögliche Truppenentsendung um einen Frieden in der Ukraine zu sichern. Es werden über 100 Tausend Soldaten erforderlich, um die 3000 Kilometer-Grenze zu sichern. Frankreich und UK haben schon zugestimmt. Deutschland hadert. Auch die Reaktion auf die sich vermehrenden russischen Luftraumverletzungen legen die unterschiedlichen Meinungen offen. Die Türkei haderte 2015 nicht: sie schoss am 15. November 2015 ein russisches Kampfflugzeug nach zahlreichen ignorierten Warnungen ab.

Trump spielt seine Macht ohne Rücksicht auf vermeintliche Verbündete aus. Das Handelsabkommen ist schon mit 15 zu 0 für die USA ausgegangen. Zölle für Stahl und Aluminiumprodukte bleiben bei 50 %. Es werden 15 %

Zölle auf die meisten europäischen Produkte bei Einfuhr in den USA erhoben. Davon ausgenommen sind Chemikalien, Generika, einige Luftfahrtkomponenten, Halbleiter-Ausrüstung, einige Agrarprodukte und kritische Rohstoffe. Die 15 % sind zwar besser als die 30 % mit denen Trump drohte, wurden aber nur erreicht, weil Europa seine Zollgebühren für US-Waren auf 0 gesetzt hat. Mehr war nicht drin, weil Europa befürchtet, sonst den militärischen US-Schutzschirm und die unentbehrliche Unterstützung im Krieg gegen Russland zu verlieren. Außerdem verpflichtet sich die EU für 250 Milliarden USD US-Energie-Produkte pro Jahr zu kaufen (eine Verdreifachung!!), sowie die militärische US-Unterstützung der Ukraine zu finanzieren. Trump behauptete zudem, dass EU-Unternehmen Investitionen in Höhe von 600 Milliarden US-Dollar in den USA bis 2028 tätigen. Dass die USA einen 150 Mrd. US-Überschuss(!) bei den Dienstleistungen haben zählt nicht. Kein Wunder, dass Trump sich für den „größten Deal aller Zeiten“ bedankte. Von der Leyen gab zu, es sei ein schwerer Prozess gewesen. Für das besonders exportabhängige Deutschland entspräche dies einem Rückgang des BIPs von 0,2 % p.a. Der französische Ex-Premier Minister François Bayrou sprach von „Unterwerfung“. So erpressbar ist Europa: wollen wir das wirklich?

Jean-Dominique Giuliani, Präsident der Robert Schuman Stiftung, formuliert es so: „Die Spezialität der europäischen Eliten besteht nicht mehr darin, von einem perfekten Europa zu träumen, sondern sich über ein unvollkommenes Europa zu beklagen. Diese weit verbreitete Geisteshaltung hat einen Namen: Pessimismus. Und einen Preis: Resignation. Wenn man nicht mehr an sich glaubt, gibt es dann noch Grund zur Hoffnung?“

Fakt ist, dass seit Jahresbeginn die **USA** ihre finanzielle Unterstützung der Ukraine eingestellt haben: die Zahlen haben sich in der Erhebung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft seit Trumps Wiederwahl nicht mehr verändert. Erwartungsgemäß kommt von **Ungarn gar keine** Unterstützung, aus **Italien** nur 2,6 Mrd. und aus **Spanien** nur 1,5 Mrd. Dafür unterstützt das entfernte **Japan** die Ukraine mit **13 Mrd.**

Ukraine-Hilfe Auszahlungen (in Klammern Zusagen)

(in Mrd. Euro)	Insgesamt	Finanziell	Humanitär	Militär
USA	114,6 (119)	46,6 (50)	3,4 (3,4)	64,6 (65,6)
UK	18,6 (27,3)	3,8 (6,2)	1,0 (1,0)	13,8 (20,1)
EU insgesamt	141,0 (204,9)	66,3 (102,8)	12,7 (13)	62,5 (89)
EU	63,2 (98,9)	60,5 (96,2)	2,7 (2,7)	-
Deutschland	21,3	1,4	3,4	16,5
Frankreich	7,6	0,8	0,8	6,0
Polen	5,0	0,9	0,5	3,6
Niederlande	9,0	0,7	0,8	7,5
Dänemark	10,1	0,1	0,8	9,2

Quelle: Kieler Institut für Weltwirtschaft, Ukraine support Tracker, Daten per 12.August 2025

Wir müssen uns an die Weisheit von Demosthenes erinnern, der schon im alten Griechenland vorschlug „Worte, die retten, denen vorzuziehen, die gefallen“.

Christophe Braouet

Commentaires N° 38

Francfort, le 30 septembre 2025

Où va la France ? Les situations politique et financière restent instables. La coalition allemande parviendra-t-elle malgré tout à donner un nouvel élan à l'Europe à l'heure où les aéroports européens sont victimes de cyber attaques, où des drones russes survolent la Pologne et le Danemark et où Trump continue de bousculer le monde ? Le sommet franco-allemand de Toulon a laissé entrevoir cet espoir. Cela ne fait qu'un mois, mais cela semble une éternité.

Après le mouvement des gilets jaunes fin 2018/début 2019, le mouvement « Bloquons tout » a tenté le 10 septembre de faire honneur à son nom : pour les organisateurs, les 200 000 participants dans toute la France ont été une déception. Une semaine plus tard (le 18 septembre), 500.000 personnes ont répondu à l'appel à la grève lancée par les syndicats. La conscience diffuse d'une forte redistribution sociale attise la crainte de la perdre. Les transferts sociaux atteignent 46 % du PIB en France, contre 40 % en Allemagne, et ont un effet certain : le coefficient Gini (qui mesure l'inégalité des revenus, 0 étant l'égalité parfaite, 1 l'inégalité maximale) passe de 0,29 à 0,25 en France et de 0,29 à 0,28 seulement en Allemagne. Si l'on dit déjà en Allemagne qu'il faut adapter l'État social, qu'en est-il en France ?

La paralysie politique en France correspond au malaise profond de la population. La France est-elle en avance sur l'Allemagne dans ce domaine, ou s'agit-il d'un phénomène purement français ?

La nomination du nouveau Premier ministre Sébastien Lecornu n'est certes intervenue que 48 heures après l'échec du vote de confiance de François Bayrou au Parlement. Mais il doit désormais former son gouvernement et surmonter pour cela les profondes divisions d'un Parlement fragmenté. Depuis la dissolution surprise du Parlement en 2024, l'Assemblée nationale est divisée en trois blocs : les populistes de droite, la gauche et le camp gouvernemental. Selon les sondages, les rapports de force ne devraient pas changer de manière significative en cas de nouvelles élections.

Seul le bloc de gauche montre des fissures. Par conséquent, c'est seulement là que des alliances pourraient se former. Le populiste de gauche Mélenchon et son parti « La France Insoumise » (LFI) contestent la légitimité de Macron et donc de Lecornu, qu'il a nommé : ils exigent la démission de Macron, tout comme le Rassemblement National (RN) de Marine Le Pen. Tous les autres partis considèrent cette opinion comme anticonstitutionnelle : le mandat de cinq ans de Macron prend fin en avril/mai 2027. Lecornu, ancien membre du parti républicain et désormais membre du parti Renaissance de Macron/Attal, doit s'appuyer sur cette conviction pour s'assurer le soutien des socialistes (et éventuellement des Verts) et garantir la stabilité jusqu'à la prochaine élection présidentielle en 2027.

La stratégie du chaos fait le jeu de Donald Trump. Il continue d'exercer une pression considérable sur l'Europe. Le 18 septembre, on pouvait voir à quel point il était ravi que tant de quémandeurs européens lui rendent visite à la Maison Blanche et attendent qu'il leur donne la parole à tour de rôle. Six chefs d'État et de gouvernement, plus Ursula von der Leyen, plus le secrétaire général de l'OTAN Rutte s'étaient précipités à Washington pour obtenir le soutien de Trump contre la Russie, après qu'il eut déroulé le tapis rouge à Poutine à Anchorage quelques jours auparavant. Il faut relever que les Européens ont su se mettre d'accord rapidement sur le contenu et la présentation : depuis lors, Trump envisage une participation américaine aux garanties de sécurité. Mais seulement si l'Europe finance le tout et soutient ainsi l'industrie américaine de l'armement, et non l'industrie européenne. Mais ces promesses sont-elles fiables ?

À peine rentrés de leur voyage aux États-Unis, les discussions sur l'éventuel envoi de troupes pour garantir la paix en Ukraine ont commencé. Plus de 100 000 soldats seront nécessaires pour sécuriser la frontière de 3 000 kilomètres. La France et le Royaume-Uni ont déjà donné leur accord. L'Allemagne hésite. Les divergences d'opinion sont également mises en évidence par la réaction aux violations répétées de l'espace aérien par la Russie. Il y a dix ans, la Turquie n'a pas hésité : le 15 novembre 2015, elle a abattu un avion de combat russe après que celui-ci ait ignoré de nombreux avertissements.

Trump use de son pouvoir sans égard pour ses prétendus alliés. L'accord commercial s'est soldé par un score de 15 à 0 en faveur des États-Unis. Les droits de douane sur l'acier et les produits en aluminium restent à 50 %.

Des droits de douane de 15 % seront prélevés sur la majorité des produits européens importés aux États-Unis. Sont exclus de cette mesure les produits chimiques, les médicaments génériques, certains composants aéronautiques, les semi-conducteurs, certains produits agricoles et certaines matières premières critiques. Les 15 % valent certes mieux que les 30 % dont Trump avait menacé, mais cela n'a été possible que parce que l'Europe a fixé à 0 ses droits de douane sur les produits américains. L'UE n'a pas pu faire mieux, car elle craignait de perdre le bouclier américain et son soutien indispensable dans la guerre contre la Russie. En outre, l'UE s'engage à acheter pour 250 milliards de dollars de produits énergétiques américains par an (trois fois plus qu'auparavant !) et à financer le soutien militaire américain à l'Ukraine. Trump a également affirmé que les entreprises européennes devaient investir 600 milliards de dollars aux États-Unis d'ici à 2028. L'excédent américain de 150 milliards (!) en termes de services ne compte pas. Pas étonnant que Trump se soit félicité du « *plus grand accord de tous les temps* ». Von der Leyen a admis que le processus avait été difficile. Pour l'Allemagne, particulièrement dépendante des exportations, cela correspondra à une baisse du PIB de 0,2 % par an. L'ancien Premier ministre français François Bayrou a parlé de « soumission ». L'Europe est donc vulnérable au chantage : est-ce vraiment ce que nous voulons ?

Jean-Dominique Giuliani, président de la Fondation Robert Schuman, le formule ainsi : „*La spécialité des élites européennes n'est plus de rêver d'une Europe parfaite mais de se lamenter d'une Europe imparfaite. Cette tournure d'esprit, majoritairement colportée, a un nom, le pessimisme et un prix, le renoncement. Quand on ne croit plus en soi, y-a-t-il encore des raisons d'espérer ?* “ (lettre Schuman du 7 juillet)

Le fait est que depuis le début de l'année, les **États-Unis** ont cessé leur aide financière à l'Ukraine : les chiffres de l'Institut pour l'économie mondiale de Kiel n'ont pas changé depuis la réélection de Trump. La **Hongrie** -oh surprise- n'apporte aucune aide, l'**Italie** seulement 2,6 milliards et l'**Espagne** 1,5 milliard. En revanche, le **Japon**, pourtant lointain, soutient l'Ukraine à hauteur de 13 milliards.

dons à l'Ukraine (entre parenthèses les promesses de dons)

(milliards d'euros)	Total	Financière	Humanitaire	Militaire
ÉTATS-UNIS	114,6 (119)	46,6 (50)	3,4 (3,4)	64,6 (65,6)
GB	18,6 (27,3)	3,8 (6,2)	1,0 (1,0)	13,8 (20,1)
TOTAL UE	141,0 (204,9)	66,3 (102,8)	12,7 (13)	62,5 (89)
UE	63,2 (98,9)	60,5 (96,2)	2,7 (2,7)	-
Allemagne	21,3	1,4	3,4	16,5
France	7,6	0,8	0,8	6,0
Pologne	5,0	0,9	0,5	3,6
Pays-Bas	9,0	0,7	0,8	7,5
Danemark	10,1	0,1	0,8	9,2

Source : Kieler Institut für Weltwirtschaft, Ukraine support Tracker, données au 12 août 2025

Souvenons-nous du mot de Démosthène qui, dans la Grèce antique, suggérait déjà de « *préférer les mots qui sauvent à ceux qui plaisent* ».

Christophe Braouet